Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 2

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Werbung – ein Kampf um das Gespräch

Das Wahljahr 1987 hat sich schon mindestens seit dem vergangenen Herbst angekündigt — durch die gesteigerte Präsenz der Parteien in der Öffentlichkeit wie durch das stärker akzentuierte «Publizitätsbewusstsein» von Parlamentariern und Spitzenpolitikern. Gegenwärtig sind die Parteien nun daran, den letzten Schliff an ihren Wahlplattformen und Argumentarien anzubringen. Diese werden in den nächsten Monaten die politische und parlamentarische Arbeit deutlich mitbestimmen.

Die eigentlichen Kampagnen dürften sich aber wie bisher auf die Zeit nach den Sommerferien konzentrieren. Ihre Konzipierungen und Realisierungen werden dabei offensichtlich immer professioneller. Das heisst, sie nähern sich in der Art ihrer Mittel und Methoden immer mehr den Gepflogenheiten kommerzieller Werbung und werden sich damit wohl noch stärker als bisher auch grundsätzlicher Kritik aussetzen. Nach traditionellem schweizerischem Verständnis ist Politik keine Ware wie jede andere und bedarf darum auch eines besonderen Stils des Marketings — wobei auch die Verwendung dieses letzteren Begriffs in politischen Zusammenhängen, jedenfalls hierzulande, eher neueren Datums ist.

Doch kommt man hier mit dieser Fragestellung überhaupt noch durch? Geht es im Kern tatsächlich um das blosse Problem des Stils als einer Ausdrucksform des Selbstverständnisses der Parteien und Kandidaten? Handelt es sich in Tat und Wahrheit nicht vielmehr um einen fast existentiellen kommunikatorischen Überlebenskampf? Als Ende der fünfziger Jahre der amerikanische Prediger Billy Graham seinen religiösen Kreuzzug durch Europa antrat und dabei mit seinen Auftritten in vollen Sportstadien heftige Diskussionen auslöste, erwiderte er mit entwaffnender Offenheit, nach seinem Empfinden müsse man Religion wie Seife verkaufen. Für europäische Ohren kam dies damals fast einer Blasphemie gleich. Und das «offizielle» Echo schwankte denn auch zwischen Entrüstung und belächelnder Ironie über den «typischen Amerikaner» Billy Graham.

Inzwischen haben die Kirchen umgelernt. Sie lassen kaum noch etwas unversucht, um aus dem geistig-kulturellen Ghetto, in das sie mehr und mehr hineingeraten waren, wieder auszubrechen. Selbst die Papstreisen nehmen zusehends den Charakter von ausgeklügelten Kampagnen an, bei denen sich geistliche Botschaft und blosse Public Relations für die Kirche als Institution untrennbar vermischen. Für die Parteien stellt sich hier buchstäblich die simple Frage, ob sie sich noch leisten können, in Sachen politischer Werbung nach wie vor päpstlicher als der Papst zu sein und sich weiterhin möglichst konsequent auf das Wort, und damit auf die rationale Ebene, zu konzentrieren.

Natürlich muss man sich hier davor hüten, Ungleiches mit Gleichem in Parallele zu setzen. Doch die Parteien haben mit den Kirchen zumindest die eine Sorge gemeinsam: Sie drohen mit ihren Programmen ebensosehr ins Leere zu fallen wie die Kirche mit ihrer geistlichen Botschaft. Unsere Zeit wird oft und gern als Kommunikationszeitalter bezeichnet, um nicht zu sagen gefeiert. Das ändert aber nichts daran, dass wir wohl noch nie so weit von einem selbstverständlichen Klima des öffentlichen Gesprächs und der Bereitschaft zum wirklichen Dialog entfernt waren wie gerade heute. Wenn man einmal vom engeren Kreis der getreuen Gefährten und Stammwähler absieht, muss die Gesprächssituation immer wieder neu erstellt werden.

Hier liegt ganz offensichtlich der springende Punkt, der den Stil der Politik in den letzten zwanzig Jahren auch hierzulande so massiv verändert hat. Wenn nunmehr systematisch zu modernsten PR-Mitteln gegriffen wird, so ist dies nicht in erster Linie eine Frage der möglichst attraktiven Verpackung für politische Aussagen, sondern es geschieht aus dem Zwang heraus, zunächst einmal überhaupt die Aufmerksamkeit des Bürgers und möglichen Wählers zu wecken und damit die Gesprächssituation zu erstellen, in der dann erst die politischen Inhalte wenigstens in vereinfachter Form zur Darstellung gelangen können.

Das alles mag einem wider den Strich gehen. Das ändert nichts daran, dass auch konservative Politiker diesen kommunikativ zwingenden Stilwandel längst als unausweichlich haben akzeptieren müssen. Eine Alternative ist nicht in Sicht. Das Hauptproblem liegt heutzutage bei Wahl- und Abstimmungskämpfen kaum noch im Argumentatorischen. Entscheidend ist vielmehr, zunächst einmal sozusagen den Schuh zwischen Tür und Schwelle zu bringen. Ein Armutszeugnis für die Politik der Gegenwart? Wohl kaum. Hier liegt vielmehr ein akutes Grundmuster zwischenmenschlichen Verhaltens überhaupt vor, das an die Substanz einer freien Gesellschaft freier Menschen rührt.

Richard Reich

2 Milliarden Franken Überschuss

Hin und wieder geschehen auch in der Finanzpolitik «Wunder». Die frohe Botschaft des eidgenössischen Säckelmeisters, dass die Finanzrechnung des Bundes 1986 mit einem *Überschuss* in der Höhe von zwischen 1,5 bis 2 Milliarden Franken abschliessen werde, gehört in diese Kategorie von Überraschungen. Nach 15 Jahren eher deprimierender Nachrichten, die das Finanzdepartement zu Bern kontinuierlich auf die Häupter der Steuerzahler herniederträufeln liess, nun endlich eine positive Meldung. Die Anstrengungen auf Einhaltung einer einigermassen erkennbaren *Ausgabendisziplin* — immerhin wurden mit Ächzen und Stöhnen vier Sparprogramme

durchgepeitscht — haben sich offensichtlich gelohnt. Und die zufriedenstellende Wirtschaftslage, die einige Einnahmenquellen stärker als erwartet zum Sprudeln brachte, hat das «Wunder» schliesslich zustande gebracht. Trendwende oder eher kürzerfristiges Zwischenhoch?

Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Sie hängt im Kern von zwei Elementen ab:

— einmal davon, wie dieser unverhoffte Segen vom Berner Parlament verkraftet wird. Provoziert er eine Hurrastimmung, die sich tatenfroh auf die Inangriffnahme neuer Aufgaben stürzt und damit die Ausgaben weiter aufbläht, oder bleibt der Wille, darob nicht in Euphorie zu verfallen, intakt?
— und sodann von der Wirtschaftslage. Die Prognostiker blicken mit Wohlgefallen auf das Jahr 1987. Zwar wird es nicht mehr so brillant verlaufen wie 1986. Aber immerhin... Von dieser Seite droht also kein grösserer Einbruch.

Wohin also mit dem erklecklichen Überschuss? Es ist sicherlich vertretbar, wenn Bundesrat Stich der *Schuldentilgung* die Priorität einräumt. Aber es wäre vermutlich, wenn diese vorteilhafte Situation noch einige Zeit anhalten sollte, ebenfalls eine Überlegung wert, auch *Steuersenkungen* nicht aus dem Auge zu verlieren — und zwar natürlich primär dort, wo die bestehenden Steuerstrukturen wirtschaftlich kontraproduktiv wirken. Solche Effekte gibt es bekanntlich auch in Helvetien. Wer diese Taktik einschlägt, sichert die Steuererträge der Zukunft. Andere Länder mit Defiziten in den Haushalten sind in solche Übungen längst eingestiegen. Die Schweiz aber tut so, als ginge sie die Deregulierungswelle, die momentan über die Welt hinwegfegt, nichts an.

Willy Linder

Angst um Gorbatschow

Aus der Sicht der osteuropäischen Mitglieder des Warschauer Paktes, die der Aufstieg eines «starken Mannes im Kreml» beunruhigt, betitelte Paul Lendvai seinen Beitrag im Januarheft: «Wer hat Angst vor Gorbatschow?»

Inzwischen ist eine zusätzliche Frage aktuell geworden: Kann der Generalsekretär — wegen seiner Empfehlung, lieber Mineralwasser als Wodka zu trinken, «Mineralsekretär» genannt — die Reformen, für die er eintritt, auch durchführen? Berührt er nicht tief verankerte, mächtige Interessen, die ihrerseits in der alleinherrschenden Partei, seinem einzigen Instrument, stark vertreten sind? Wie kommt er auf gegen die Trägheit und die Privilegien einer Nomenklatur? Stützt ihn ein von unten, aus dem Volk kommender Wille zu Änderungen, zu mehr Initiative und Verantwortung?

Kein Beobachter am Ort stellt eine solche Unrast, eine solche aktive Be-

reitschaft fest. «Massendiktatur in der Sowjetunion» ist in der französischen Zeitschrift «Esprit» vom Oktober 1986 der Bericht einer Korrespondentin betitelt, die in der Sowjetunion lebt. Sie schreibt: *«Die Masse der Sowjetbürger interessiert sich nicht für Politik — sie hat nie irgendwelche politische Macht gehabt und weiss gar nicht, dass eine Gesellschaft demokratisch funktionieren kann. Auch ist ihr nicht bewusst, dass ihr Lebensstandard so tief unter dem westlichen liegt. Die Leute raunzen, sie beschuldigen aber nicht das System als Ursache der Misslichkeiten. Es gibt hier nicht Bedrücker und Bedrückte wie in klassischen Diktaturen. Wir finden keine von einzelnen unterdrückte Masse, sondern eine Masse, die einzelne unterdrückt.»* Man lerne, heisst es weiter, mit der Lüge und Willkür leben und sich irgendwie zu arrangieren. Vorbild wäre also nicht der Held, der charaktervolle moralische Dissident, der wie Solschenizyn «Kampf der Lüge» predigt, sondern eher der tschechische Soldat Schweijk. In dessen Heimat geht heute das Wort um: *«Wer nicht stiehlt, schadet seiner Familie.»* In dieser Art von Sozialismus ist das Eigeninteresse noch dominanter als in der Marktwirtschaft, wie ja die ganz verstaatlichte Wirtschaft *noch* undurchsichtiger ist als die des Kapitalismus.

Gorbatschow sucht die Unterstützung der Intelligenz — daran kann nicht gezweifelt werden. Das wird sichtbar durch die Umstände der «Entbannung» des Ehepaares Sacharow mit der Aufforderung an den Physiker, seine wissenschaftliche Arbeit in der Akademie (die ihn nie ausgeschlossen hat) wieder aufzunehmen. Dazu kommt der Wechsel in den Büros der Verbände der Filmschaffenden und der Schriftsteller, in denen erstmals integre, schöpferische Persönlichkeiten Platz finden.

In der Sowjetpresse erschienen schon immer Leserbriefe, die gegen Missstände protestierten, doch nie hat ein Chef der GPU auf den Machtmissbrauch eines Untergebenen gegenüber einem Journalisten hingewiesen und dessen Bestrafung mitgeteilt. Noch nie wurde mit Namensnennung an Prozessführung und Urteilen Kritik geübt wie jetzt. Das zeigt einen Klimawechsel an, der mehr zu bewirken vermag als die einzelnen angekündigten und nicht widerspruchsfreien Reformen mit dem ständigen Ruf nach «mehr Disziplin».

Die Frage kann nicht lauten: will Gorbatschow mehr Offenheit? — die Evidenz ist unübersehbar — sondern: kann er sich gegen die Widerstände, den nicht nur passiven Gegendruck der Apparate durchsetzen und überhaupt in seiner Stellung behaupten? Nicht Lenin, nicht Stalins Nachfolger, nur Stalin selber hat vermocht, sich über die Partei zu stellen, Mächtige in Partei, Polizei, Armee absetzen und auch hinrichten zu lassen, so dass jeder Hochgestellte zittern musste. Ohne eine persönliche Autorität, unabhängig von der Partei, kann Gorbatschow nicht den Spuren des Reformzaren Peter folgen. Doch Stalins Gebrauch seiner persönlichen Macht war despotisch; es ist schwierig, sich eine solche Macht mit entgegengesetztem Ziel vorzustellen.

Könnte dereinst nicht die effektive Partnerschaft zwischen Gorbatschow und Sacharow an die ebenfalls erstaunliche Partnerschaft zwischen Chruschtschow und Solschenizyn denken lassen? Eine bemerkenswerte, aber schliesslich folgenlose Episode.

Immerhin stehen dem Zweifel an einem tiefreichenden Wandel einige Argumente entgegen:

1. Logische Schlussfolgerungen aufgrund vergangener Erfahrungen können durch die Ereignisse dementiert werden — es wäre nicht das erste Mal. Der russische Dichter Jossip Brodky, der in New York lebt, erklärte jüngst in «La Stampa», Gorbatschow könne niemals Sacharow entbannen; die GPU würde ihm das nicht erlauben. Sein Räsonnement klang überzeugend — und stimmte nicht.
2. Die Reformbewegungen im kommunistisch regierten Osteuropa wurden jeweils von aussen verhindert oder zurückgebunden. Das Eingreifen sowjetischer Panzer oder die Drohung damit haben den Ausschlag gegeben. Sollte sich in der Sowjetunion ein Reformkurs durchsetzen, so gäbe es keine fremde «Ordnungsmacht», die eingreifen könnte.
3. Der technische Rückstand — insbesondere in Bereichen, die die Information der Kontrolle der Behörden entzöge — schafft einen immer grösseren Abstand gegenüber entwickelten Industriestaaten. Das Gewicht der Sowjetunion auf der Welt wird dadurch gemindert, und das kann einen nicht auf Freiheitsdurst, sondern auf Patriotismus gegründeten Willen zum Wandel bestärken.

Die Sowjetunion hat auch bei ihren «Vasallen» keine Ausstrahlung, kein Prestige mehr. Der langjährige, mit einem wichtigen Ressort betraute Minister eines Staates des Warschauer Paktes antwortete mir auf die Frage *«Wie sehen Sie das Jahr 2000?»* ohne einen Moment zu zögern: *«Das hängt von den innovativen Völkern ab — den Amerikanern, den Japanern.»* Der gleiche brauchte im Gespräch mehrmals den Ausdruck «software», aber keinen aus dem Russischen stammenden Begriff.

Angesichts der Kampagne des Generalsekretärs — auch wenn sein eigener Werdegang und Aufstieg ganz dem Muster entspricht — haben wir Anlass, unsererseits «offen» zu sein. Denn der Beweis, dass ein Wandel unmöglich ist, lässt sich nicht erbringen.

François Bondy